

Rheinisches Revier Strukturstärkungsmittel zugesichert

[26.1.2024] Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen stellen bis zu 60 Millionen Euro Strukturstärkungsmittel für das Zukunftsprojekt Strukturwandel im Rheinischen Revier bereit. Die Förderung startet mit dem Ausbau von Photovoltaik-Dachanlagen auf kommunalen Gebäuden und der Unterstützung von Planungsleistungen zum Photovoltaikausbau.

In den kommenden vier Jahren wollen der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen bis zu 60 Millionen Euro Strukturstärkungsmittel für das Zukunftsprojekt Strukturwandel im Rheinischen Revier zur Verfügung stellen. Wie das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen mitteilt, startet in Kürze die Förderung von "Photovoltaik-Dachanlagen auf kommunalen Gebäuden zusammen mit einem Batteriespeicher" sowie von "Planungsleistungen zum Photovoltaikausbau" im Rheinischen Revier. Das habe Energie- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur (Bündnis 90/Die Grünen) vergangene Woche auf der Jahresveranstaltung des Gigawattpakts angekündigt. Rund 50 Landkreise, Kommunen, energiewirtschaftliche Unternehmen und Projektträger hätten sich mit dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie zum Bündnis Gigawattpakt zusammengeschlossen. Das Klimaschutzprojekt sei im März 2022 ins Leben gerufen worden, um den Ausbau der erneuerbaren Energien im Rheinischen Revier voranzutreiben.

Stromerzeugungskapazität erhöhen

Das erklärte Ziel des Gigawattpakts sei es, die Stromerzeugungskapazitäten aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2028 auf fünf Gigawatt im Rheinischen Revier auszuweiten. Das bedeute mehr als eine Verdopplung der installierten Leistung erneuerbarer Energien im Vergleich zu den 2,3 Gigawatt im Jahr 2020. Gleichzeitig werde der Fokus auf den Ausbau der erneuerbaren Energien zur Wärmeerzeugung gelegt, um eine nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen. Gemeinsam mit Partnern wie der Zukunftsagentur Rheinisches Revier und NRW.Energy4Climate seien während der Veranstaltung wichtige Maßnahmen zur Unterstützung erneuerbarer Energien im Rheinischen Revier vorgestellt worden. Um den Ausbau auf lokaler Ebene zu unterstützen, werde eine

zentrale Anlaufstelle geschaffen, die Kommunen bei der Umsetzung und Planung von Erneuerbare-Energie-Projekten berät. Des Weiteren seien umfassende Informationen der Schlüssel zu einer erfolgreichen Energiewende. Daher würden Studien und Informationsmaterialien erstellt, die nicht nur fundierte Erkenntnisse liefern, sondern auch als Orientierungshilfe für alle Interessierten dienen.

Darüber hinaus seien ab Februar spezielle Förderprogramme auf kommunalen Gebäuden geplant, um den Einsatz von Photovoltaik zu intensivieren. Gefördert werden Photovoltaik-Dachanlagen sowie Photovoltaiksysteme mit Batteriespeichern auf kommunalen Gebäuden zur Stromerzeugung für den Eigenverbrauch.

Batteriespeicher allein seien nicht förderfähig. Die prognostizierte Eigenverbrauchsquote müsse bei mindestens 80 Prozent liegen. Die Förderquote belaufe sich auf regulär bis zu 95 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Die Förderhöchstgrenze liege bei 350.000 Euro pro System beziehungsweise Gebäude.

Ferner werden gefördert

Gefördert werden außerdem Planungsvorhaben zur Vorbereitung von investiven Maßnahmen zur Errichtung oder Erweiterung von Photovoltaikanlagen. Antragsberechtigt seien Städte, Gemeinden und Kreise sowie deren Zusammenschlüsse und Zweckverbände im Rheinischen Revier. Die Förderquote liege regulär bei bis zu 95 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, die Förderhöchstgrenze bei 35.000 Euro.

Der Gigawattpakt ist ein Zukunftsprojekt des Strukturwandels im Rheinischen Revier. Bund und Land unterstützen die nachhaltige Transformation des Rheinischen Reviers mit mehr als 14,8 Milliarden Euro. Das Land flankiert die Förderung aus Bundesmitteln mit eigenen Haushaltsmitteln. Bislang sind 174 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 1,52 Milliarden Euro bewilligt. *(th)*

<https://www.land.nrw>

Stichwörter: Politik, Nordrhein-Westfalen, Rheinisches Revier, Gigawattpakt

Quelle: www.stadt-und-werk.de